

Reservelazarette

Dieser Mangel wird um so deutlicher, wenn man ihn vergleicht mit dem Idealismus der übenden Ärzte, Offiziere und Unteroffiziere oder mit der Fülle und dem hohen Vorbereitungsstand des eingelagerten Geräts (die Besuchergruppe hatte Gelegenheit, sich von beidem in Gesprächen und durch Besichtigungen zu überzeugen): was sich mit Geld bezahlen läßt, ist offenbar vorhanden.

Das in Friedenszeiten nur von einem Hauptfeldwebel, einem Stabsunteroffizier und Zivilarbeitern bewachte und verwaltete Depot einer Reservelazarettgruppe mit schätzungsweise 100 000 Einzelteilen stellt, wie erklärt wurde, einen Wert von 3,5 bis 4 Millionen DM dar. Vom Stromaggregat bis zur (regelmäßig ausgetauschten) Taschenlampenbatterie, vom Röntgenapparat bis zur Wärmflasche und zu Stapeln von „Schutzbekleidung für weibliches Personal“ ist schlechthin alles vorhanden, was für den Betrieb eines wenn auch nicht gerade hochmodernen, so doch für alle zu erwartenden Erkrankungen und Verletzungen schnell einsatzbereiten großen Krankenhauses erforderlich ist. Die regelmäßige Wartung und eventuell der Austausch von Gerät erfordern eine sorgfältige, umfangreiche Überwachung; in dem besichtigten Depot waren allein 312 Arzneimittel vorhanden, die jeweils nach dem Verfalldatum ausgetauscht werden müssen.

Um so bedauerlicher wäre es, wenn die bei einer solchen Übung versammelten Ärzte weiterhin das Gefühl haben müssen, vor allem dann, wenn ihr Einsatzort im Ausland liegt, daß die von ihnen aufgebauten Lazarette im Ernstfall wegen des Zögerns von Regierung und Gesetzgeber ohne diejenigen zivilen Fachkräfte dastehen, ohne die sie den Soldaten der Bundeswehr, der Verbündeten und auch Zivilpersonen nicht die möglichst optimale ärztliche Versorgung und Pflege gewähren können, auf die sie sich in ihren Übungen vorbereiten.

AUS DEN BUNDESLÄNDERN

SCHLESWIG-HOLSTEIN

Entwurf für ein Transplantationsgesetz

Die Landesregierung hat einen Alternativ-Gesetzesentwurf zur Regelung der Organtransplantationen und der Leichensektionen erarbeitet. Bei der Erläuterung des Entwurfes vor der Landespressekonferenz erklärte Justizminister Dr. Henning Schwarz, die Landesregierung lehne die im Entwurf der Bundesregierung enthaltene „Widerspruchslösung“ scharf ab.

Sie entspreche nicht der abendländischen Kulturentwicklung und bevormunde die Bürger. Der schleswig-holsteinische Entwurf gehe vom Prinzip der Freiwilligkeit und der aktiven Einwilligung der Betroffenen aus; die Landesregierung wünsche eine eigenverantwortliche Entscheidung des Organspenders oder seiner nächsten Angehörigen.

RHEINLAND-PFALZ

Freigemeinnützige Krankenhäuser erhalten 20 Millionen DM Zuschuß

Zur Erstattung der vor Inkrafttreten des Krankenhausfinanzierungsgesetzes geleisteten Investitionen erhalten die freigemeinnützigen Träger von Krankenhäusern in Rheinland-Pfalz nach Mitteilung des Sozialministeriums einen Zuschuß von zusammen etwa 20 Millionen DM.

NORDRHEIN-WESTFALEN

CDU fordert „Netz von Diagnosezentren“

Die CDU-Fraktion der Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe hat vorgeschlagen, ein flä-

chendeckendes Netz von Diagnosezentren zur Früherkennung von Behinderungen bei Kindern zu errichten.

Die Verwaltung des Landschaftsverbandes wurde aufgefordert, möglichst bald Vorschläge für Standorte und Träger solcher Einrichtungen vorzulegen.

Der CDU-Arbeitskreis für Soziales und Gesundheit bei der Landschaftsversammlung erklärte, jede Investition in diesem Bereich werde bei der späteren Betreuung der Behinderten zu erheblichen Einsparungen führen. LVWL

BERLIN

Schwangerschaftsabbruch in der Praxis

Bei der Beratung des Entwurfs eines Schwangerenberatungsgesetzes im Gesundheitsausschuß des Abgeordnetenhauses traten grundsätzliche Auffassungsunterschiede zwischen der SPD/FDP-Koalition und der CDU-Opposition hervor.

Während die CDU auf der Formulierung bestand, daß alle Beratungen vorrangig „dem Schutz des ungeborenen Lebens“ und erst dann „der Sorge für die Schwangere“ dienen sollen, forderten die Sprecher von SPD und FDP vor allem, die Gewissensfreiheit der Schwangeren zu berücksichtigen, alleinstehenden Müttern Wohngeldberechtigungsscheine auszuhandigen, Krippenplätze schon bei der Geburt zuzusichern und auch finanzielle Hilfen schon während der Schwangerschaft zu gewähren.

Die SPD ersuchte den Senat, dafür zu sorgen, daß der ambulante Schwangerschaftsabbruch in einer Arztpraxis künftig von den Kassen honoriert wird, damit eine „legale Abtreibung auf Krankenschein“ möglich werde und nicht mit rund 300 DM bezahlt werden müsse. Außerdem wurde empfohlen, die Organisation „Pro Fami-

lia", die sich in der Schwangerenberatung bewährt habe, auch bei der Ausweitung der Fürsorge und Vorsorge zu berücksichtigen. zel

100 000 Giftberatungs-Notrufe

Die vor 15 Jahren durch die Initiative des heutigen Leiters, Dr. Günter Krienke, gegründete Beratungsstelle für Vergiftungsercheinungen (B-Gift) in Berlin-Charlottenburg registrierte am 2. November 1978 den 100 000. Notanruf. In den letzten zwölf Jahren wurde eine Giftkartei errichtet, die als die umfangreichste in der Bundesrepublik gilt. zel

Dialysezentrum mit 25 künstlichen Nieren

Mit einem Aufwand von drei Millionen DM errichtet das Kuratorium für Heimdialyse e.V. in Berlin-Moabit das vierte Berliner Heimdialysezentrum für Nierenkranke, das mit 25 Dialyseplätzen Anfang 1981 funktionsfähig sein soll. zel

Läusebefall stark angestiegen

Statistisch gesehen, hatte jeder hundertste Berliner im Jahre 1977 Läuse: Bei 121 488 Untersuchungen (gegenüber 70 594 im Jahre 1976) wurden 19 141 (11 387) Fälle von Läusebefall registriert. Davon entfielen 18 891 Fälle auf Kopfläuse, 143 auf Kleiderläuse und 108 auf Filzläuse. Diese Zahlen ermittelte der Leitende Medizinaldirektor des Gesundheitsamtes Kreuzberg, Dr. Karl Hermann Fried, aufgrund von statistischen Erhebungen des Senators für Gesundheit und Umweltschutz.

Es gibt zwar Unterschiede bei den Befallzahlen in den einzelnen Westberliner Bezirken, jedoch läßt

BLÜTENLESE

Von Anfang und Ende

„Meine Theorie könnte die Paläontologie befruchten, sie würde zum Studium der Instinkte, der Erblichkeit und des Geistes aufrufen . . . sowie die Ursache der Variationen, so daß wir begreifen können, woher wir kommen und wohin wir gehen.“ (Charles Darwin, 1837)

„Das Künftige ist vor uns verhüllt, bis es sich ereignet; um es zu erhellen, müssen wir unseren Blick auf das Vergangene richten.“ (Arnold J. Toynbee, geb. 1889)

„Wir alle leben vom Vergangenen und gehen am Vergangenen zugrunde.“ (Goethe)

„Das natürliche Aussterben kann seine Gründe nur in den Organismen selber haben.“ (Otto H. Schindewolf, 1950)

„Die allgemeine, wirkliche Ursache des Aussterbens scheint eine Änderung der Lebenslage, der Organismen-Umweltbeziehung zu sein, die von den betroffenen Lebewesen eine Anpassungsforderung verlangt, die sie nicht vollziehen können.“ (George S. Simpson, 1951)

„Das Werden schleppt das Gewesensein hinter sich her: warum sollte es von diesem ewigen Schauspiele eine Ausnahme für irgendein Sternchen und wiederum für ein Gattungchen auf ihm geben!“ (Nietzsche)

sich die Größenordnung der Dunkelziffer nicht erfassen, und so kann auch nicht geklärt werden, ob es unterschiedlich hohe „Schamgrenzen“ gibt oder ob in manchen Bezirken der Selbsthilfemechanismus besser ausgeprägt ist als in anderen.

Als sicher bezeichnet es Dr. Fried, daß die „Primärverlausung“ nicht durch Ausländergruppen erfolgt, sondern daß ein Zusammenhang mit Auslandsreisen bestehen könnte; denn nach den großen Ferien, von August bis November, werden drei- bis viermal soviel Fälle registriert wie in den Monaten Februar bis Mai.

Auch die Mode der langen Haare spiele anscheinend eine untergeordnete Rolle. Am häufigsten von allen Altersgruppen der Bevölkerung werden nach der Statistik ältere Kinder von Kopfläusen befallen.

Bemerkenswert sei ferner, daß die Läusezunahme trotz verstärkter Öffentlichkeitsarbeit und zahlloser Merkblätter über Läuse und ihre Bekämpfung nicht gestoppt werden konnte. zel

SAARLAND

„Krebsregister“ rechtlich abgesichert

Der Landtag des Saarlandes hat in erster Lesung einstimmig ein Gesetz zur rechtlichen Absicherung eines „Krebsregisters“ verabschiedet. In dem vom Statistischen Landesamt geführten Register soll die Verbreitung verschiedener Krebsarten erfaßt werden. Das gesammelte Material soll der Krebsforschung zugänglich sein. Die Kosten für die Führung des Registers von jährlich 100 000 DM trägt die Bundesregierung. EB

In einem Satz

Fortbildungsakademie Rheinland-Pfalz – Die „Akademie für ärztliche Fortbildung in Rheinland-Pfalz“ hat die Anschrift Deutschausplatz 3, 6500 Mainz (und nicht mehr, wie noch in Heft 50/1978, Seite 3020 gemeldet, Alexander-Diehl-Straße 12, Mainz-Weisenau). EB